

lebensstadt



DIE LINKE in Solingen

September 2021

Ein Flüchtling für den Bundestag!

Für die Bundestagswahl 2021 hat sich DIE LINKE in unserem Wahlkreis dazu entschieden, einen Flüchtling aufzustellen und damit ein Zeichen in der Gesellschaft zu setzen.

Mohamad Shoan Vaisi lebt seit seiner Flucht 2011 in Deutschland. Er ist Sozialarbeiter, 31 Jahre alt, verheiratet und hat ein Kind.

Er will sich für die Interessen von Flüchtlingen stark machen, die mit uns in diesem Land leben. Darüber hinaus engagiert er sich in der Familienpolitik und gegen Kinderarmut.



lebensstadt: Shoan, warum bist Du nach Deutschland gekommen?

Shoan: Ich bin 1990 in Sanandaj im Iran geboren. Schon seit meiner Jugend bin ich politisch aktiv, denn als Kind einer kurdischen Familie im Iran habe ich schon früh Unterdrückung erfahren. Als Mitglied der kurdischen Linken habe ich mich besonders für Frauenrechte und eine demokratische Gesellschaft eingesetzt.

Wegen meines Einsatzes gegen die Unterdrückung von Frauen musste ich 2011 aus meiner Heimat dem Iran zu Fuß in die Türkei flüchten. Von dort ging meine Flucht über Griechenland weiter nach Deutschland.

Hier angekommen lernte ich ein Teil der Probleme kennen, die für Geflüchtete bis heute Alltag sind.

So wurde mein Abschluss nicht anerkannt, weswegen ich zum zweiten Mal und in einer neuen Sprache studieren musste. In all diesen Jah-

ren habe ich mich immer politisch engagiert gegen das, was mich Jahre zuvor zur Flucht trieb: Rassismus, Diskriminierung und Ausbeutung.

Ich setze mich für eine Politik ein, die die Interessen aller Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Orientierung vertritt.

lebensstadt: Für was möchtest Du Dich stark machen?

Shoan: Solltet Ihr mich wählen, möchte ich im Bundestag vor allem für zwei Themen streiten:

Für eine bessere Perspektive für alle Kinder und Jugendlichen und für eine solidarische Flüchtlingspolitik.

Die Flüchtlingspolitik muss endlich abkehren vom System der Abschottung. Stattdessen brauchen wir sichere Fluchtwege und den Kampf gegen Fluchtursachen. Das bedeutet ein Ende von Auslandseinsätzen und der Unterstützung von Regimen.

Es bedeutet auch den Einsatz und die Unterstützung für all die mutigen Menschen, die Geflüchtete retten und ihnen in Deutschland helfen Fuß zu fassen.

Hier angekommen müssen Geflüchtete deutlich schneller sichere Aufenthaltstitel, mehr Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation und eine bessere Anerkennung von Abschlüssen bekommen.

Kinder und Jugendliche in Deutschland, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, unabhängig von ihrem Geschlecht, brauchen Sicherheit und Perspektiven für ein besseres Leben.

Obwohl die Gesellschaft so reich ist, leben viele Kinder in Armut.

Allein in Solingen wächst fast jede vierte Kind in Armut auf. Diese Kinder haben wenig Chancen im Bildungssystem aufzusteigen, weil das Bildungssystem Ungerechtigkeiten festigt. Dies müssen wir als Linke ändern. Ich streite für eine Anerkennung der besonderen Bedürfnisse von Kindern aus armen und/oder migrantischen Familien.

Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung!

*Liebe Leser*innen,*

einen Flüchtling aus unserer Region als Kandidat für den Bundestag aufzustellen, ist sicherlich ungewöhnlich.

1.146.682 Flüchtlinge leben seit Jahren mit uns hier in Deutschland (Zahlen: 2019). In der Politik wird über sie geredet, aber nicht mit ihnen. Sie haben keinen Lobbyverband, und sie besitzen keine Interessenvertretung im Deutschen Bundestag.

DIE LINKE in Solingen möchte dies ändern! Wir stellen einen Flüchtling als Kandidaten auf und setzen damit ein Zeichen für Gleichberechtigung und einen gemeinsamen Austausch auf gleicher Augenhöhe.

Weiterhin berichtet die lebensstadt in dieser Ausgabe über unsere Forderung nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Anfang des Jahrtausends von der SPD faktisch abgeschafft wurde,

wir zeigen auf, warum sich Klimaschutz und Kapitalismus widersprechen,

berichten über unsere Kampagne zu preiswerten Mieten und der Entwicklung von Sozialwohnungen in Solingen

und beschreiben als Friedenspartei unsere Haltung zu Kriegen, insbesondere zum langjährigen Desaster in Afghanistan.

Wir wünschen Ihnen viel Spass beim Lesen!

DIE LINKE.
S o l i n g e n

Umsteuern und den Kuchen gerecht verteilen!

Immer mehr Menschen finden in Deutschland keinen sicheren Job mehr. Keinen Job mit einem Gehalt, der ihnen und ihren Familien erlaubt einmal ins Kino, ins Spaßbad oder Essen zu gehen. Kein Gehalt, das es ihnen ermöglicht, die eigenen Kinder zu unterstützen, ihnen die bestmögliche Bildung zukommen zu lassen. Viel zu viele Menschen müssen sich von einem Job in den nächsten retten und haben gar keine Chance, für ihr Alter vorzusorgen.

Dabei muss dies nicht so sein. Es ist keine natürliche Entwicklung. Es ist eine politische Entscheidung. Denn gleichzeitig haben sich die Privatvermögen in Deutschland vervielfacht – vor allem bei jenen, die schon über viele Millionen oder sogar Milliarden verfügen. Wer viele Millionen oder sogar Milliarden Euro Vermögen hat, legt diese heute gerne in Immobilien an. Dies bietet die beste Chance, das eigene Vermögen zu vermehren. Selten werden die großen Vermögen genutzt, um neue Arbeitsplätze zu schaffen oder bessere Löhne zu zahlen. Wer über Millionen verfügt, hat sich auch bereits alles gekauft. Abgesehen von einigen Luxusgütern, versinkt das Geld daher in Immobilien- und Aktienspekulationen. Erstere treiben die Immobilien- und Mietpreise weit-

er nach oben und machen so das Leben in der Stadt für immer mehr Menschen unbezahlbar.

So wird Deutschland immer ungerechter und es ist keine Kehrtwende in Sicht. Dabei wäre so vieles möglich, wenn der in Deutschland vorhandene Wohlstand im Interesse aller hier lebenden Menschen genutzt würde.

So könnte eine einmalige Vermögensabgabe auf Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro, wie wir sie vorschlagen, die Kosten der Corona-Pandemie begleichen. Die Alternative ist, dass der Staat Sozialleistungen kürzt und weniger Geld für dringende Investitionen in Schienennetze, Brücken oder Bildung zur Verfügung hat. Das wäre nicht nur volkswirtschaftlich und ökologisch katastrophal, sondern würde vor allem wieder uns alle treffen, die wir auf staatliche Schulen, Straßen und Züge angewiesen sind.

In diesem Land stünden hunderte Millionen Euro für eine massive Verbesserung der Bildung und einen Ausbau von Bussen und Bahnen, öffentlichen Schwimmbädern und Bibliotheken zur Verfügung. Ganz nebenbei könnten so neue Arbeitsplätze geschaffen und Arbeitslosigkeit endlich effektiv

bekämpft, statt nur vertuscht werden. Geld, welches, wenn man die teilweise unvorstellbar hohen Privatvermögen nicht anständig besteuert, nur zu weiter steigenden Mieten und Aktienkursen führt. Als LINKE kämpfen wir aber nicht nur dafür, dass unsere Städte wieder lebenswert, öffentliche Einrichtungen zahlreicher, besser und für alle zugänglich werden. Wir kämpfen auch dafür, dass die übergroße Mehrheit am Ende des Monats mehr Geld auf dem Konto hat. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat die verschiedenen Wahlprogramme verglichen und festgestellt, dass alle Haushalte, die 80.000 Euro oder weniger im Jahr zur Verfügung haben, von unserem Steuerkonzept profitieren würden. Stärker als bei allen anderen Parteien.

Wie groß unsere finanziellen Sorgen sind, was wir uns leisten können, wie beruhigt oder beunruhigt wir in die Zukunft schauen – all das hängt auch von politischen Entscheidungen ab. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, das Leben der allermeisten Menschen in Deutschland – unser Leben – zu verbessern!

Ergreife Partei! Wähle die LINKE und werde Mitglied! (Adrian Scheffels)

Konsequenter Klimaschutz im Kapitalismus – ein Widerspruch?

Klimaschutz ist zweifelsohne eines der Top-Themen unserer Zeit und auch dieser Bundestagswahl. Die Flutkatastrophe, die auch Solingen schwer erschüttert hat, trägt sicherlich weiter dazu bei, dass die Menschen sich mit den Themen rund um Natur und Umwelt beschäftigen.

Das wissen auch die politischen Parteien und setzen sich zum Teil gezwungenermaßen mehr oder weniger intensiv damit auseinander. Sichtbar für alle wird dies natürlich im aktuellen Stadtbild, im Bundestagswahlkampf.

Wir können an dieser Stelle ein kleines Quiz machen – Welcher Spruch ist von wem?

1. Jetzt! Klimaziel: Bus und Bahn überall und kostenlos,
2. Klima schützen, Jobs schaffen,
3. Am Klimaziel führt kein Weg vorbei,
4. Klimaschutz für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze.

Aufmerksamen Leser*innen dürfte jetzt bereits auffallen, dass von den „größeren Parteien“ ja eine fehlt – in der Tat, die FDP. Klimaschutz ist ihnen wohl kein eigenes Themenplakat wert.

Aber lösen wir das Quiz schnell auf, denn es verdeutlicht im Grunde nur, wie aus-



tauschbar und wenig informativ leider Wahlplakate sind: 1. LINKE, 2. CDU, 3. Grüne, 4. SPD.

In der Zeitschrift der Solinger LINKEN ist

es nun wenig überraschend, dass die konkrete Forderung zur Erreichung von Klimazielen unser Favorit ist. Die Verknüpfung von echten Klimazielen mit der sogenannten „sozialen Frage“, sei es der Arbeitsplatzsicherheit, der Mobilität oder dem Wohnungsbau, ist für uns ohnehin ein Muss. Ein Muss wäre es allerdings auch, in der gesamten Auseinandersetzung rund um die Themenkomplexe Klima, Natur und Umwelt nicht nur die Symptome zu bekämpfen und irgendwie gegenzus-

teuern, sondern den Ursprung zu suchen.

Warum beuten Menschen eigentlich Natur und Umwelt so sehr aus, dass dieser Planet für Tiere, Pflanzen und auch uns sel-

ber zur Bedrohung wird? Die Antwort ist leider ziemlich einfach und bedrückend: weil wir es können und weil es Menschen gibt, die davon profitieren.

Obwohl genug Studien belegen, dass der Flächenverbrauch massiv reduziert werden muss, bebauen wir die „grüne Wiese“, egal ob im Ittertal oder in Widdert. Obwohl wir wissen, dass der ÖPNV das ökologischste Transportmittel ist, bauen wir ihn nicht massiv aus, sondern setzen immer wieder den Rotstift an. Obwohl wir wissen, dass diese

Klimakrise kein abstraktes Szenario ist, sondern uns in Form von Flutkatastrophen und Dürren mittlerweile auch in Solingen trifft, machen wir weiter so.

Weiter so im Glauben an eine Wirtschaftsordnung, die offensichtlich die Interessen einiger Weniger bedient, nämlich die, die tatsächlich auf Kosten von Umwelt, Natur und vielen anderen Menschen noch Profite machen.

Diese Wirtschaftsordnung hat weltweit gezeigt, dass sie nicht „heilig“ ist und der

„Markt“ das ganz sicher nicht regelt, sondern die Profit- und Wachstumslogik des Kapitalismus der Kern des Übels ist. Auch wenn Spiele in Form von einem Quiz erheitend sein können, die Zeit für Doktorspiele in Sachen Klimaschutz ist längst abgelaufen. Zu dem sehr konkreten Plakat der LINKEN für einen kostenlosen und flächendeckenden Bus- und Bahnverkehr müsste noch ein weiteres:

„Klimaschutz gibt's nur ohne Kapitalismus“. (Alexandra Mehdi)

Sozialwohnungen bauen - Mieten deckeln!

Wohnen ist ein Armutsrisiko. Das ist nicht neu. Aber das Problem wird zunehmend größer. Dies belegt auch der Entwurf des aktuellen Sozialberichts der Stadt Solingen aus dem Februar 2021.

zeitverzögert auf die Mietpreise aus. Auch hier sind die Preistreiber insbesondere Käufer aus Gegenden, wo es noch teurer ist.

Die weitere Verteuerung von Mietwohnungen wird mutmaßlich die Nachfrage nach

raums (einschließlich geförderter Wohnungen) zielgerichtet vorantreiben.“

Die Linkspartei in Solingen fordert seit Jahren erfolglos die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Der aktuelle Sozialbericht unterstützt unsere Forderung.

„Durch das Fehlen eines eigenen Wohnungsbestandes und des Rückgangs der Belegungsrechte im öffentlich geförderten Wohnungsbau hat die Kommune kaum Steuerungsinstrumente zur Versorgung von Wohnungsnotfällen mit regulärem Wohnraum.

Dies fällt besonders in dem Zyklus des Wohnungsmangels ins Gewicht und kann zu einem Anstieg von Wohnungslosigkeit führen.“ (Zitat: Sozialbericht der Stadt Solingen 2020, Seite 153).

Zeit, etwas zu verändern!

Vor 15 Jahren gab es viele Sozialwohnungen in ganz Deutschland. Jetzt fehlen mehr als 5 Millionen Wohnungen für Menschen, die nicht so viel Geld verdienen.

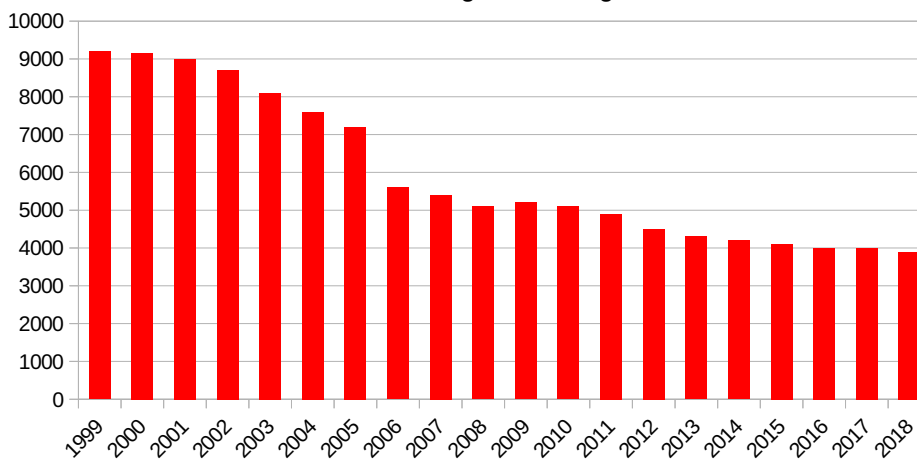
Wir wollen uns darum kümmern, dass es wieder mehr Sozialwohnungen gibt.

Deshalb wollen wir jedes Jahr 250.000 Sozialwohnungen schaffen.

Diese Wohnungen sollen dann auf Dauer nur wenig Miete kosten (aus dem Kurzwahlprogramm zur Bundestagswahl 2021).

Packen wir es gemeinsam an!
(Marc Scheffels)

Sozialwohnungen in Solingen



Grafik: Im Verlauf von 19 Jahren sank die Anzahl der Sozialwohnungen in Solingen um mehr als die Hälfte

Insbesondere die Anzahl der Sozialwohnungen sinkt beständig und rapide.

„Eine Darstellung des Bestands der NRW.BANK (darlehensverwaltete Bank) geht von einer weiteren Verringerung des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes um knapp 60 Prozent bis zum Jahr 2030 aus.“ (Sozialbericht der Stadt Solingen 2020, Seite 148).

Aber auch vom übrigen Wohnungsmarkt gibt es keine guten Nachrichten. Die Mieten steigen.

Hintergründe sind insbesondere Wohnungsraumangel, Geldanleger im Rahmen der Niedrigzinspolitik sowie der Zuzug aus Düsseldorf und Köln.

In der näheren Zukunft ist auch weiter mit steigenden Mieten zu rechnen. Denn die Preise für Kaufimmobilien sind in den vergangenen Jahren um durchschnittlich 5,7 % gestiegen.

Erfahrungsgemäß wirkt sich dies

Sozialwohnungen dauerhaft weiter erhöhen.

All dies ist der Stadtverwaltung bekannt. Das von der Stadt in Auftrag gegebene Handlungskonzept Wohnen von 2018 kommt unter anderem zu der folgenden Empfehlung:

„Konkrete Maßnahme, die kurz- bis mittelfristig in die Umsetzung geführt werden soll: Neubau und Schaffung bezahlbaren Wohn-

| Region | € in m ² 2018 | € in m ² 2019 | € in m ² 2020 | € in m ² 2021 |
|------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Burg | 6,81 € | 7,12 € | 6,81 € | 6,72 € |
| Höhscheid | 7,00 € | 7,37 € | 7,73 € | 7,72 € |
| Gräfrath | 7,06 € | 7,23 € | 7,56 € | 7,58 € |
| Mitte | 6,77 € | 7,13 € | 7,33 € | 7,57 € |
| Aufderhöhe | 7,12 € | 7,22 € | 7,92 € | 8,08 € |
| Merscheid | 7,02 € | 7,15 € | 7,32 € | 7,92 € |
| Ohligs | 7,17 € | 7,41 € | 7,84 € | 8,00 € |
| Wald | 6,86 € | 7,08 € | 7,40 € | 7,83 € |

Nein zum Krieg - Waffenexporte stoppen!

Seit 2001 herrscht Krieg in Afghanistan. Der Deutsche Bundestag beschloss Deutschlands Teilnahme unter Schröders Regierung von SPD und Grünen, allein DIE LINKE stimmte damals dagegen. Tausende Menschen verloren im Afghanistan-Krieg ihr Leben. 12,5 Milliarden Euro hat uns dieser Krieg gekostet, Geld, was für dringend fehlende Sozialausgaben oder den Klimaschutz hätte ausgegeben werden können.

In einem Interview mit dem Fernsehsender „Deutsche Welle“ äußerte sich die Co-Vorsitzende der LINKEN Janine Wissler jetzt dazu:

DW: Frau Wissler, Sie sind Sozialistin und Spitzenkandidatin einer Partei, die immer gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr stimmt. Was denken Sie – was soll die Rolle Deutschlands sein in Afghanistan heute?

Wissler: Naja, jetzt, heute und in den nächsten Tagen geht es natürlich erst einmal darum, so viel wie möglich Menschen zu retten, so viel wie möglich Menschen auszufliegen. Aber natürlich muss man jetzt feststellen: Nach 20 Jahren Krieg in Afghanistan, nach 20 Jahren Einsatz der Bundeswehr, nach Zehntausenden von Toten ist dieses Land leider nicht friedlicher geworden, nicht sicherer geworden, sondern ganz im Gegenteil - wir erleben ein Desaster.

Und deswegen ist dieser Einsatz von Anfang an ein Fehler gewesen. 12,5 Milliarden Euro hat allein der Bundeswehreininsatz gekostet. Was hätte man mit dem Geld machen können, um auch die humanitäre Situation in Afghanistan zu verbessern? Von daher: Die Linke hat immer gegen diesen Kriegseinsatz gestimmt. Und deshalb ist es auch richtig, dass jetzt aber die Bundesregierung ihrer Verantwortung nachkommen muss. Das heißt also wirklich, die Ortskräfte auszufliegen. Das hätte man machen müssen, bevor man aus Afghanistan abgezogen ist.

Und das finde ich schon einen schäbigen Umgang mit den Ortskräften, dass man 65.000 Liter Bier ausfliegt, aber die Menschen, die für die Bundeswehr und für andere deutsche Institutionen gearbeitet haben, die Menschenrechtsaktivisten, Frauenrechtlerinnen, dass man die dort im Stich lässt.

DW: Soll sich Deutschland dann komplett aus der internationalen Verantwortung zurückziehen und tatsächlich nur auf Entwicklungshilfe setzen? Das ist doch nicht die Lösung. So können Sie nicht mit Terroristen umgehen.

Wissler: Ja, was heißt denn aus der internationalen Verantwortung zurückziehen? Ich würde sagen, es wäre ein großer Beitrag zur internationalen Verantwortung, wenn man

zum Beispiel Regime wie Saudi-Arabien bis vor kurzem, wie Katar oder Ägypten nicht mit Waffen beliefert. Das wäre doch ein Beitrag dazu, die Welt friedlicher zu machen.

DW: Lassen Sie uns reden über das, was gerade jetzt passiert. Die Strategie der Regierung ist Hilfe für die Nachbarstaaten von



Afghanistan, damit Geflüchtete in der Region bleiben können. Unterstützen Sie diese Strategie?

Wissler: Also es ist richtig, dass Nachbarstaaten auch unterstützt werden, die Geflüchtete aufnehmen. Meine Befürchtung im Moment ist eher, dass viele Menschen aus Afghanistan im Moment gar nicht rauskommen werden. Also diese Zahlen, die Seehofer jetzt genannt hat, von bis zu 5 Millionen Flüchtlingen - ich weiß im Moment nicht, wie realistisch das ist, weil ja im Moment die Möglichkeit, wirklich aus Afghanistan zu fliehen, auch begrenzt ist. Aber: ja, die Nachbarstaaten unterstützen. Aber das heißt eben trotzdem, Deutschland muss natürlich seiner Verantwortung nachkommen und Menschen in Deutschland aufnehmen. Ja, selbstverständlich.

DW: Aber was fordern Sie jetzt, wenn Sie sagen, das ist unterlassene Hilfeleistung? Was fordern Sie dafür?

Wissler: Naja, das habe ich ja jetzt schon gesagt. Also das bedeutet, dass man jetzt so viel wie möglich Menschen ausfliegen muss. Aber ich sage, das wird sich auch jetzt an einigen Stellen nicht mehr korrigieren lassen. Für viele Menschen ist es zu spät.

DW: Heißt das, dass die Bundesregierung die Menschenleben auf dem Gewissen hat?

Wissler: Ich bin der Meinung, natürlich, wenn die Bundesregierung sich so viel Zeit lässt, die Ortskräfte auszufliegen, natürlich gefährdet man damit ganz direkt Menschenleben. Selbstverständlich ist das so. Man hat die Menschen dort im Stich gelassen.

Das war doch lange bekannt, dass die Truppen abziehen. Und da fragt man sich auch – ich meine, der BND und andere Geheimdienste waren doch vor Ort. Und dass sich Heiko Maas, Außenminister, noch Anfang Juli hinstellt und sagt, es ist nicht mit einer schnellen Machtübernahme der Taliban zu rechnen. Und sich hinstellt und

sagt, man kann weiterhin Menschen nach Afghanistan abschieben. Ich finde wirklich, was das Auswärtige Amt dort gemacht hat, ist wirklich eine dramatische Fehleinschätzung.

DW: Sie wollen die NATO auflösen. Sie wollen auch keine Auslandseinsätze.

Blieben Sie bei allen diesen Punkten dabei?

Wissler: Also ich sage jetzt mal wirklich nach dem Desaster, was wir gerade erleben in Afghanistan, finde ich, gibt es eine Partei, die jetzt relativ wenig Grund hat, ihre außenpolitischen Positionen zu überdenken. Und das ist die Partei Die Linke. Also ich meine, wir sind nicht für dieses Desaster verantwortlich. Und wir sind ja nicht der Meinung, dass man sich international aus allem heraushält. Wir sind der Meinung, dass Krieg, dass Waffen, dass Militär nicht zu mehr Frieden und Menschenrechten und Demokratie beiträgt. Sondern wir sind der Meinung, dass wir auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung setzen müssen, dass wir den Hunger in der Welt bekämpfen müssen und dass man nicht Diktatoren unterstützen darf.

DIE LINKE.
Kreisverband Solingen

Impressum:
lebensstadt

Zeitung der LINKEN in Solingen
Herausgeber: DIE LINKE.
Grünwalder Straße 63,
42657 Solingen
lebensstadt@dielinke-solingen.de

V.i.S.d.P.: Michael Scharmann
Alle Fotos im Eigenverlag oder
auf wikimedia commons ©